sion beantragt einstimmig, der Initiative keine Folge zu geben.

Der Initiative wird keine Folge gegeben Il n'est pas donné suite à l'initiative

12.305

Standesinitiative Tessin.
Empfangsstelle
für Asylsuchende in Chiasso
Initiative cantonale Tessin.
Centre d'enregistrement
des requérants d'asile de Chiasso

Vorprüfung – Examen préalable

Nationalrat/Conseil national 16.09.13 (Vorprüfung – Examen préalable)

Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission beantragt, der Standesinitiative keine Folge zu geben.

Der Initiative wird keine Folge gegeben II n'est pas donné suite à l'initiative

12.310

Standesinitiative Tessin.
Volksinitiative
«Schluss mit uferlosem Bau
von Zweitwohnungen!».
Keine Benachteiligung
der Bergregionen
Initiative cantonale Tessin.
Initiative populaire
«pour en finir avec les constructions
envahissantes de résidences
secondaires». Ne pas porter
préjudice aux régions de montagne

Vorprüfung – Examen préalable

Ständerat/Conseil des Etats 18.03.13 (Vorprüfung – Examen préalable) Nationalrat/Conseil national 16.09.13 (Vorprüfung – Examen préalable)

Antrag der Mehrheit Der Initiative Folge geben

Antrag der Minderheit

(Semadeni, Badran Jacqueline, Chopard-Acklin, Girod, Jans, Müller-Altermatt, Nordmann, Nussbaumer, Schelbert, Vogler)

Der Initiative keine Folge geben

Proposition de la majorité Donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Semadeni, Badran Jacqueline, Chopard-Acklin, Girod, Jans, Müller-Altermatt, Nordmann, Nussbaumer, Schelbert, Vogler)

Ne pas donner suite à l'initiative

Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

Knecht Hansjörg (V, AG), für die Kommission: Der Kanton Tessin möchte mit dieser Initiative zum Ausdruck bringen, dass die vom Stimmvolk angenommene Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!» starke negative Auswirkungen auf das soziale und wirtschaftliche Umfeld der Bergkantone hat. Diese Regionen sind besonders von der Initiative betroffen, da dort der Tourismus von grosser wirtschaftlicher Bedeutung ist und Abwanderungsströme und eine eingeschränkte Bautätigkeit drohen. Um diesen speziellen Bedürfnissen der Bergkantone bei der Umsetzung der Initiative Rechnung zu tragen, verlangt der Kanton Tessin eine graduelle Einführung der neuen Rahmenbedingungen betreffend Zweitwohnungen und Begleitmassnahmen für Randregionen, die die Auswirkungen der neuen Bestimmungen etwas ausgleichen würden. Zudem werden eine Beschränkung des Begriffs «Zweitwohnungen» auf Wohnungen mit «kalten Betten» und der Ausschluss der

Der Ständerat hat auf Antrag unserer Schwesterkommission der Initiative keine Folge gegeben. In der Debatte hat sich im Ständerat die Meinung durchgesetzt, dass die speziellen Bedürfnisse der Bergkantone in der Verordnung über Zweitwohnungen genügend berücksichtigt würden. Diese Verordnung erlaube Umnutzungen von Wohneinheiten als Zweitwohnungen, falls diese Einheiten aus einer Erbschaft, einem Wohnsitzwechsel oder einer Änderung des Zivilstands hervorgehen oder dem Erhalt des Ortskerns dienen. Der Ständerat hat in seiner Debatte auch auf die Revision des Raumplanungsgesetzes hingewiesen, in der ebenfalls die Bedürfnisse der Bergkantone berücksichtigt werden.

Die UREK-NR hat nun ihrerseits an ihrer Sitzung vom 7. Mai 2013 die vom Kanton Tessin eingereichte Initiative vorgeprüft. Die angenommene Volksinitiative hat Auswirkungen auf die Bergkantone und die Gebirgsregionen, vor allem bezüglich der Arbeitsplätze. Die in diesen Regionen geäusserten Sorgen, darüber ist sich die Kommission in ihrer Mehrheit einig, sollten ernst genommen werden. Die Umsetzung der Initiative muss im Rahmen des verfassungsrechtlichen Spielraums also so schonend wie möglich und mit dem notwendigen Augenmass erfolgen.

Die Verordnung über Zweitwohnungen stellt zwar grundsätzlich eine vorübergehende Antwort dar, und grundsätzlich scheinen die Bedürfnisse der Bergkantone in dieser Verordnung berücksichtigt worden zu sein; deshalb hat die Regierungskonferenz der Gebirgskantone die Verordnung auch mitgetragen. Dennoch ist es aus Sicht der Kommissionsmehrheit wichtig, dass nun sichergestellt wird, dass die in der Verordnung enthaltenen Bedingungen auch tatsächlich in die kommende Revision einfliessen. Deshalb soll die Standesinitiative als Druckmittel aufrechterhalten bleiben.

Zu erwähnen gilt es auch, dass es sich bei vielen dieser sogenannten Zweitwohnungen im Tessin um Gebäude handelt, die eine wichtige kulturelle und historische Funktion haben. Es geht nicht um Spekulationen oder Reinvestitionen, sondern um eine lebendige Beziehung zwischen den Agglomerationen und den Tälern des Kantons.

In der Kommission wurde auch festgestellt, dass kaum eine Initiative jemals so rasch und so stringent umgesetzt worden ist wie die besagte Volksinitiative. So soll es beispielsweise eine Weisung der Direktorin des Bundesamtes für Raumentwicklung an den Regierungsstatthalter des Kantons Bern geben, wonach in bestehenden Bauten keine Erweiterung der Bruttogeschossfläche mehr möglich ist. Die Initiative befindet sich also bereits in der Umsetzung, die Ausführungsgesetzgebung wird bereits formuliert, und es ist für die Mehrheit der Kommission absolut zulässig, dass man im Rahmen dieser Ausführungsgesetzgebung nun nach Lösungen sucht, die vollständige Baustopps, insbesondere für die davon betroffenen Bergregionen, vermeiden.

Für die Mehrheit der Kommission ist auch wichtig festzuhalten, dass es keinesfalls um ein Nichtakzeptieren eines Volksentscheides geht. Was im Moment passiert, dass nämlich auch für einfache Umbauten – ich habe vorhin ein Beispiel aus dem Kanton Bern erwähnt – praktisch keine Bau-



bewilligungen mehr erteilt werden, betrifft diese Regionen sehr stark. Dem müsste Rechnung getragen werden, und es müsste abgewogen werden, wieweit solche Vorgehensweisen dem Volkswillen entsprechen.

Deshalb ist es der Kommissionsmehrheit abschliessend wichtig, dass dieser Standesinitiative Folge gegeben wird. Zudem adressiert die Initiative im Text ihr Anliegen an das Bundesparlament. Die Kommission möchte, dass bei der zukünftigen Ausgestaltung des Gesetzes, wofür dann wiederum das eidgenössische Parlament zuständig ist, die notwendigen Anliegen berücksichtigt werden; dies selbstverständlich im Rahmen des möglichen Spielraums, den uns die Zweitwohnungs-Initiative gibt – nicht mehr und auch nicht weniger.

Eine Minderheit der Kommission sieht aufgrund der laufenden Arbeiten der Verwaltung, welche die Stossrichtung der aktuellen Verordnung weiterführt, keinen Handlungsbedarf und will der Initiative keine Folge geben. Sie betont, dass die Kommission in der Beratung zum Ausführungsgesetz die Möglichkeit haben wird, dieses zu beeinflussen, und somit eine Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Bergkantone garantieren kann.

Die Kommission beantragt Ihnen mit 13 zu 11 Stimmen, der Standesinitiative Folge zu geben.

Favre Laurent (RL, NE), pour la commission: En mai 2013, la commission a procédé à l'examen préalable de l'initiative du canton du Tessin «Ne pas porter préjudice aux régions de montagne», déposée en avril 2012, dans la mise en oeuvre de l'initiative populaire «pour en finir avec les constructions envahissantes de résidences secondaires». L'initiative vise à ce que les besoins particuliers des cantons alpins et, plus largement, des régions de montagne soient pris en considération lors de l'élaboration de la législation d'application concernant l'initiative populaire précitée.

La commission propose, par 13 voix contre 11, de donner suite à l'initiative du canton du Tessin.

Une minorité propose de ne pas y donner suite.

Sur le fond, la commission s'est penchée sur les effets économiques et sociaux considérables de l'initiative populaire sur les cantons alpins. Ainsi, selon l'institut BAK Basel, à moyen terme une perte de 8600 emplois a été démontrée. Dès, lors la commission estime que l'initiative cantonale doit politiquement contribuer à limiter les conséquences économiques négatives de l'initiative populaire sur les résidences secondaires pour les régions alpines et à freiner le dépeuplement des villages de montagne. Elle voit dans l'initiative du canton du Tessin, laquelle prévoit une mise en oeuvre progressive des nouvelles dispositions et des mesures d'accompagnement visant à compenser les effets de l'initiative populaire sur les zones de montagne, une occasion d'inscrire dans la loi les dispositions de l'ordonnance en vigueur sur les résidences secondaires.

Il est à noter que le projet de loi fédérale sur les résidences secondaires a été mis en consultation par le département en date du 26 juin 2013 et que le délai pour envoyer les commentaires court jusqu'au 20 octobre prochain. Le processus politique et législatif est donc encore en cours, et notre conseil fera bien, par le vote qui va intervenir, d'exprimer son avis.

De son côté, la minorité de la commission renvoie à l'ordonnance en vigueur. Elle estime, tout comme le Conseil des Etats, qu'il n'y a pas lieu de légiférer plus avant et propose par conséquent de ne pas donner suite à l'initiative.

C'est par 13 voix contre 11 que la commission vous recommande de donner suite à cette initiative cantonale. Elle exprime ainsi clairement sa volonté d'encourager le Conseil fédéral et le Parlement à tenir compte, lors de l'élaboration de la nouvelle loi d'application, des craintes et difficultés des cantons alpins et de montagne. Je vous remercie de votre appui.

Semadeni Silva (S, GR): Non è perché non prendiamo sul serio le preoccupazioni provenienti dalla Svizzera italiana che una forte minoranza della nostra commissione – 13 voti

contro 11 – propone di non dare seguito all'iniziativa del canton Ticino. Le preoccupazioni delle regioni di montagna dopo l'accettazione da parte del popolo e dei cantoni dell'iniziativa popolare sulle residenze secondarie sono ben comprensibili e tutta la commissione ne ha preso atto. La messa in pratica dell'articolo costituzionale rappresenta una grande sfida, da prendere sul serio. Proponiamo di non dare seguito all'iniziativa solo perché il suo contenuto è superato dai fatti, è già stato preso in considerazione, come hanno sottolineato i miei colleghi e anche il Consiglio degli Stati nella sua presa di posizione, uguale alla nostra: non dare seguito a questa iniziativa cantonale.

Dal momento dell'inoltro dell'iniziativa nell'aprile del 2012 a oggi, Berna non è stata con le mani in mano, anzi! Già nel mese di agosto dell'anno scorso il Consiglio federale ha presentato l'ordinanza sulle residenze secondarie. Nell'apposito gruppo di lavoro istituito dalla consigliera federale Leuthard i cantoni di montagna sono stati ben rappresentati e hanno difeso i loro interessi con fermezza. Il risultato, l'ordinanza, dimostra che sono stati ascoltati in tutti i dettagli, in parte addirittura a scapito della costituzionalità delle proposte, come hanno dimostrato le sentenze del Tribunale federale del 22 maggio scorso. L'ordinanza è entrata in vigore solo il 1° gennaio di quest'anno per volontà dei cantoni di montagna, che volevano guadagnare tempo. La particolare situazione delle valli di montagna periferiche, la possibilità di cambiare la destinazione delle abitazioni primarie nei villaggi alpini colpiti dall'esodo della popolazione, la questione dei rustici e anche la richiesta di misure di compensazione nel settore turistico, tutte queste rivendicazioni dell'iniziativa cantonale vengono considerate dall'ordinanza e anche dalle recenti proposte della Segreteria di Stato dell'economia, volte a promuovere il turismo ed a rafforzare la politica regio-

In particolare, bisogna sottolineare che gli immobili rimasti vuoti a causa dell'esodo della popolazione nelle regioni periferiche si possono ristrutturare, su questo sono tutti d'accordo; l'ordinanza lo prevede esplicitamente. Nessuno – nessuno! – vuole promuovere l'abbandono o addirittura il degrado dei nostri villaggi di montagna!

Berna ha lavorato così alacremente per l'applicazione dell'articolo costituzionale sulle residenze secondarie che il prossimo 20 ottobre si concluderà già la procedura di consultazione sul progetto di legge, elaborato a sua volta con la partecipazione diretta dei rappresentanti dei cantoni di montagna. Anche il canton Ticino sfrutterà questa possibilità per farsi sentire e riformulare i propri bisogni concretamente di fronte al progetto di legge.

Le rivendicazioni del canton Ticino – e degli altri cantoni di montagna – sono quindi già completamente integrate nel processo legislativo, che è molto avanzato. L'iniziativa cantonale ha perso oggi tutta la sua attualità e, malgrado la simpatia per la Svizzera italiana, non sarebbe né logico né opportuno darle seguito.

Eine beachtliche Minderheit - 13 zu 11 Stimmen - der UREK-NR will der Standesinitiative Tessin also keine Folge geben. Die speziellen Bedürfnisse des Berggebiets sind in der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung der Verordnung zum Zweitwohnungsartikel prioritär behandelt worden. Die Verordnung ist bereits in Kraft, die vier Forderungen der Standesinitiative Tessin werden in der Verordnung berücksichtigt und sind ebenfalls im Entwurf zum Zweitwohnungsgesetz enthalten. Mit der laufenden Vernehmlassung haben die Bergkantone eine weitere Möglichkeit, ihre Anliegen konkret und detailliert zu formulieren. Es macht keinen Sinn, ist nicht rationell und nicht nötig, dass das Parlament zusätzlich zum laufenden Gesetzgebungsprozess auch noch aktiv wird und die Verwaltung belastet. Der Ständerat vertritt ebenfalls diese Meinung. Auch die grössten Gegner der Zweitwohnungs-Initiative müssten unter diesen Umständen gegen Folgegeben sein.

Ich bitte Sie darum, mit der Minderheit und dem Ständerat der Standesinitiative Tessin – so verständlich sie auch ist – keine Folge zu geben.



Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 12.310/9298) Für Folgegeben ... 98 Stimmen Dagegen ... 77 Stimmen (6 Enthaltungen)

12.314

Standesinitiative Bern. Zusammensetzung des Nationalrates Initiative cantonale Berne. Composition du Conseil national

Vorprüfung - Examen préalable

Nationalrat/Conseil national 16.09.13 (Vorprüfung – Examen préalable)

Gross Andreas (S, ZH), pour la commission: Je présente le rapport sur cette initiative du canton de Berne en langue française. C'est une responsabilité spéciale qui m'incombe parce que cette initiative concerne la minorité francophone du canton de Berne.

Cette initiative concerne non seulement la représentation de la minorité francophone du canton de Berne, mais aussi celle des minorités linguistiques des autres cantons. C'est la première fois, depuis les dernières élections, que la minorité francophone du canton de Berne n'est plus représentée au Conseil national. C'est la première fois depuis que le canton du Jura a été créé. En effet, durant la première législature qui a suivi l'entrée en souveraineté du canton du Jura, il y a eu quatre conseillers nationaux du Jura bernois francophone; jusqu'à 1995, il y en a eu trois; depuis 1995, il y en a eu un, Monsieur Walter Schmied, qui était cumulé sur une liste UDC. Après lui, il y a eu Monsieur Jean-Pierre Graber, aussi cumulé sur une liste UDC, qui avait été élu pour la première fois en 2007. A l'élection suivante, en 2011, Monsieur Graber a renoncé au cumul. Comme personne n'avait été cumulé sur aucune liste, cela a été une des raisons pour lesquelles il n'y a plus eu de représentant du Jura bernois francophone au Conseil national.

Cela a incité le Grand Conseil bernois à adopter une initiative cantonale pour demander que, pour tous les cantons ayant des minorités linguistiques, il y ait dans la Constitution fédérale un article qui leur garantisse une représentation au Conseil national.

Votre commission a examiné cette initiative très soigneusement. Elle est consciente de l'importance de la question du système électoral pour la cohésion du pays et pour la représentation des minorités dans les cantons. Elle a cependant constaté que dans les autres cantons ayant des minorités linguistiques, c'est-à-dire le canton de Fribourg, avec 33 pour cent d'Alémaniques face à une majorité francophone, le canton des Grisons où, comme nous l'avons entendu, il y a deux minorités linguistiques avec 9 pour cent d'italophones et 20 pour cent de personnes parlant le romanche, et le canton du Valais, avec une minorité germanophone de 33 pour cent, les minorités sont bien représentées au Conseil national, ceci sans disposition constitutionnelle qui garantisse leur représentation. Il est important de savoir que les autres cantons ne voient pas l'intérêt qu'il y aurait à inscrire un article spécifique en ce sens dans la Constitution fédérale. La grande majorité des membres de la commission est de l'avis qu'on ne peut pas créer un article constitutionnel qui concerne quatre cantons, si trois d'entre eux, parce qu'ils ont développé une culture politique spécifique qui garantit la représentation des minorités, ne souhaitent pas un tel article.

Nous avons en outre discuté de la question de savoir si on pouvait inscrire un article spécifique pour le canton de Berne dans la Constitution fédérale pour garantir à la minorité francophone une représentation au Conseil national. Il faut être

conscient qu'il y a quand même 100 000 francophones dans le canton de Berne, dont 50 000 dans le Jura-Sud, 20 000 à Bienne et 30 000 dispersés sur l'ensemble du territoire du canton

Une proposition a été déposée visant à inscrire, spécifiquement pour le canton de Berne, un article dans la Constitution fédérale garantissant la représentation de ses 100 000 francophones. Votre commission n'a pas souhaité, par 13 voix contre 9, qu'un tel article soit inscrit dans la Constitution fédérale.

Votre commission propose de ne pas donner suite à l'initiative du canton de Berne et pense que c'est aux partis politiques concernés de composer leurs listes électorales de manière que la minorité francophone du canton de Berne soit représentée au Conseil national, comme cela a été le cas depuis l'entrée en souveraineté du canton du Jura jusqu'aux élections fédérales de 2011, où parce que personne n'avait été cumulé sur les listes, Monsieur Jean-Pierre Graber n'avait alors pas été réélu. Il faut avouer qu'il y a aussi eu d'autres raisons à cette non-réélection. Il est par exemple frappant de remarquer que la participation aux élections fédérales a été deux fois moins élevée dans le Jura bernois que dans le reste du canton de Berne. Il y a donc eu une question de mobilisation et une question de personnalités.

La commission vous propose de ne pas résoudre ce problème au niveau de la Constitution fédérale, mais de laisser aux partis politiques bernois le soin, lors des prochaines élections, de faire en sorte que les francophones du canton de Berne soient représentés au Conseil national par un élu qui parle leur langue. Il n'est pas sûr qu'ils se sentent mieux représentés par quelqu'un qui parle la même langue qu'eux, mais c'est de toute façon plus facile. Dans ce sens, leur souhait est compréhensible. Nous aimerions soutenir cette demande, mais pas en ajoutant un article dans la Constitution fédérale, qui toucherait seulement le canton de Berne et qui serait sans intérêt pour les autres cantons plurilingues.

Fluri Kurt (RL, SO), für die Kommission: Obwohl keine Abstimmung stattfinden wird, lohnt es sich doch, die mit dieser Standesinitiative angesprochene staatspolitische Frage etwas näher zu erläutern.

In der Junisession 2012 hat der Grosse Rat des Kantons Bern mit 88 zu 34 Stimmen bei 9 Enthaltungen eine Motion angenommen, welche Änderungen des Bundesrechts in Bezug auf das Wahlverfahren für den Nationalrat, nämlich die Berücksichtigung sprachlicher Minderheiten, verlangt. Die Standesinitiative will wörtlich, dass das Wahlverfahren für den Nationalrat «den sprachlichen Minderheiten der mehrsprachigen Kantone gemäss ihren Amtssprachen eine bestimmte Anzahl Sitze» zusichert, «die mindestens der Bevölkerungsstärke der betreffenden Minderheit entspricht». Die Sitze sollen an Kandidatinnen und Kandidaten gehen, «die in den Regionen, denen die Sitze zukommen, wohnen».

Diese Standesinitiative ist geprägt von den Erfahrungen bei den Nationalratswahlen 2011, als beide französischsprachigen Vertreter des Kantons Bern nicht wiedergewählt worden sind. Die Staatspolitische Kommission stellt aber fest, dass es sich hierbei nicht um eine konstante Nichtvertretung des französischsprachigen Teils des Kantons Bern handelt: Seit 1979 war der französischsprachige Berner Jura nämlich immer mit mindestens einem Repräsentanten im Nationalrat vertreten. Somit handelt es sich um ein aus unserer Sicht hoffentlich erstmaliges und einmaliges Phänomen, welches zudem nur den Kanton Bern betrifft. Die Kommission konnte feststellen, dass in den anderen mehrsprachigen Kantonen die verschiedenen Sprachen ausgewogen vertreten sind. Von diesen Kantonen gibt es denn auch keine Begehren, eine Bundesregelung betreffend Sitzgarantien für Sprachregionen vorzusehen.

Vor diesem Hintergrund erachtet es Ihre Kommission nicht als angezeigt, eine Bundeslösung für dieses erstmals in einem einzigen Kanton aufgetretene Problem vorzusehen. Eine vorgeschriebene Sitzgarantie in mehrsprachigen Kantonen könnte beachtliche Auswirkungen auf die Nationalratswahlen in diesen Kantonen haben: So würden beispiels-

